

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbjährlich 70 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verleher monatlich 1.80 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtskassette Neuenbürg Zweigt. Wildb. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle & Co. Wildbad. Postfachkonto Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 12 Pfg., außerh. 15 einse. Inf.-Steuer. Reklameweile 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Ausnahmestellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. Schluss der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. In Konturfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gae in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 146

Freitag

Wildbad, Dienstag, den 24. Juni 1924

Seit 179

Jahrgang 59.

Attentats-Wirren

Mussolinis Herrschaft gefährdet?

Der Fall Matteotti zieht immer weitere Kreise. Rom kann sich auf einen politischen Niesenprozess gefasst machen, wie er bisher nur auf den großen Justizbühnen von Paris oder — im Deutschland der Nachkriegszeit sich abspielte. Beachtenswert sind die internationalen Wellen, die das furchtbare Mordattentat auf den jungen Sozialisten Matteotti, nebenbei gesagt einen ebenso idealistischen wie reichen und einflussreichen Parlamentarier, in Bewegung gesetzt hat. So brachte im belgischen Senat der sozialistische Abgeordnete Lafontaine den Antrag ein, daß man an die italienische Kammer eine Sympathie-Kundgebung für den ermordeten Matteotti richten möge. Und dieser Antrag wurde nach einer von Tumult erfüllten Verhandlung mit 73 gegen eine Stimmenthaltung angenommen! In London kam es zu bedenklichen Massendemonstrationen gegen den italienischen Generalkonsul. Die englische Arbeiterpartei hat gegen das Verbrechen von Vico ihren tiefen Abscheu offiziell ausgesprochen. Diese Kundgebung wurde kaum merkbar dadurch abgeschwächt, daß Ramsay MacDonald, klug und besonnen wie die britische Politik immer ist, im Unterhaus erklärte, der Beschluß seiner Partei sei nicht gegen die italienische Regierung gerichtet, sondern gegen diejenigen Kreise, die die italienische Regierung selbst bestrebt sei, zu bemessen. Mussolini hat sich in der Außenpolitik eine so überragende sichere Stellung geschaffen, daß er solche Einmischungen mit kühler Handbewegung beiseite schieben könnte. Aber zu seinem Unglück wird seine Herrschaft im Innern seit dem Attentat von Tag zu Tag schwächer. Und dies ist dem starblinden Diktator auch durchaus bewußt. Aus allen Teilen strömt die furchtbare Nationalmilitär nach Rom zusammen. Bis an die Zähne bewaffnet ziehen die Schwarzhemden mit Fahnen und Musik durch die Straßen. Die Regierung hat für dieses unheimliche Aufgebot — die Ueberwachungsmanschaften Mussolinis selbst wurden verdoppelt — eine harmlose Deutung erfunden: Die Miliz sei nach Rom berufen, um bei der Ankunft des abessinischen Thronfolgers und des Regenten Ras Tafari Spalier zu bilden. Aber das Publikum hat bei anderen, vielleicht wichtigeren Kronprinzenbesuchen noch nicht den zwanzigsten Teil dieses militärischen Aufwandes erlebt. Das Publikum ist und bleibt aufs Höchste erregt, besonders seitdem nähere Einzelheiten über die grauenhafte Abschachtung Matteottis bekannt wurden. Dazu kommt, daß sich der Kreis der bloßgestellten Persönlichkeiten, die zum Teil der nächsten Umgebung Mussolinis angehören, mit jedem neuen Tag vergrößert. Die vier eigentlichen Mordgesellen sind ja hinter Schloß und Riegel. Aber das Aufregende sind die weiteren Enthüllungen über die Quellen und Hintergründe des Mordattentats. Die Polizei hat jetzt einen Ausländer verhaftet, der von Dumini, dem Hauptankläger gedungen worden sein soll, um Matteotti auf Schritt und Tritt zu verfolgen, bis sich eine Gelegenheit zum — Verprügeln fände. Da aber für das „Verprügeln“ eine Belohnung von 80 000 Lire ausgesetzt war, weiß natürlich jeder, was die Bloße geschlagen hat. Jedenfalls fand man in Dumini's Koffer Stücke blutigen Stoffes und einen blutigen Dolch, ferner einen Revolver und Visitenkarten, die auf Dumini als Angehörigen des Pressebureaus im Ministerium des Innern lauten. Das führte auf die höhere Spur. Es erging Haftbefehl gegen den Pressechef Rossi, der stüchtig wurde und sich jetzt in Mailand versteckt aufhalten soll. Rossi und Dumini waren Freunde und schon einmal verwickelt in einen Mordanschlag, der auf dem Bahnhof von Mailand gegen den Kapitän Ferni, den Führer der ehemaligen Faschisten, verübt wurde und beinahe tödlich verlief. Noch höher hinauf: Staatssekretär Finzi! Er wurde aus der Führung des Ministeriums entlassen und an seiner Stelle Fedezoni eingesetzt, der wie ein Löwe für Mussolini kämpft. Es wird ihm schwer fallen, die Gerüchte niederzuschlagen, die den Skandal im Ministerium des Innern zu der Ermordung Matteottis in Beziehung setzen. Finzi wollte die Spielhölle konfiszieren, er erwartete dabei einen persönlichen Vorteil von mehreren Millionen. Eine amerikanische Gesellschaft winkte mit Schmiergeldern für Petroleumkonzessionen. Außerdem Bankschiebungen. Alles das wollte Matteotti aufdecken. Matteotti mußte fallen. Unlautere Geschäftspraktik höchster Behörden und offizielle Mordverschwörung, das sind die beiden Verbrechen, die man dem Regime Mussolinis an die Wand hängen will. Wird sie Mussolini abschütteln? —er.

Ein neues Pressegesetz in Sicht

Verammlung der deutschen Zeitungsverleger in Stuttgart
Stuttgart, 21. Juni. In Gegenwart des Reichsministers des Innern Dr. Jarres, des Chefs der Presseabteilung der Reichsregierung, Dr. Spieder, des Präsidenten Thilo vom Reichspostministerium, mehrerer württembergischer Minister

und sonstiger Vertreter von Behörden begrüßte heute vor- mittag der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsver- leger, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar-Viegnig, die 30. Hauptversammlung des Vereins unter Hinweis auf ihre Be- deutung als Jubeltag und teilte mit, daß Reichsminister Jarres und Außenminister Dr. Stresemann, die ihr Erschei- nen zugelassen hatten, zu ihrem lebhaften Bedauern wegen dringender dienstlicher Angelegenheiten nicht erscheinen konnten. Der Vorsitzende schlug die Abendung eines Begrü- ßungstelegrammes an den Ehrenpräsidenten des Vereins, Dr. Robert Faber-Magdeburg vor, was mit großem Beifall beschlossen wurde. Dr. Krumbhaar ging dann im einzelnen auf die außerordentliche Entwicklung des vergangenen Ge- schäftsjahres ein und stellte mit Genugtuung fest, daß der Verein zur Zeit nicht mehr gezwungen ist, seine ganze Tätig- keit und Arbeitskraft auf die Bewältigung wirtschaftlicher und materieller Fragen einzustellen, sondern sich wieder in weit höherem Maße als bisher den großen geistigen, ethischen Belangen des Zeitungswesens zuwenden kann. Der Red- ner berührte auch noch die Frage des Journalistengesetzes. Reichsinnenminister Dr. Jarres ging, nachdem er namens der Reichsregierung für die Einladung herzlich gedankt hatte, auf diese Frage näher ein und führte aus: Es besteht ein gewisser Gegensatz der Auffassung zwischen Verleger und Regierung. Daß das ganze Pressegesetz neu gere- gelt werden muß, unterliegt keinem Zweifel, wohl aber bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Neurege- lung der Rechtsverhältnisse der Schriftleiter. Fast sämtliche Parteien des Reichstages stehen auf dem Standpunkt, daß diese Frage einer gesetzlichen Regelung bedarf, und ein ent- sprechender Parteiantrag liegt bereits vor. Der vor einiger Zeit herausgegebene Referentenentwurf wollte den Gegen- stand lediglich in die Diskussion werfen, hat aber das Reichs- kabinett noch nicht beschäftigt. Wir werden das Ergebnis der heutigen Beratungen abwarten, um dann mit den Spitzenorganisationen beider Seiten in Verbindung zu tre- ten; denn nur so kann der Weg gefunden werden zur Auf- rechterhaltung einer Presse, wie wir sie bisher hatten, die sich eines Hochstandes erfreut, um den uns die ausländische Presse beneiden kann. Eine Einigung über das Journalistengesetz sollte gefunden werden. Gewiß muß der Verleger seinen be- deutenden und in vielen Punkten endgültigen Einfluß auf die Zeitungen behalten. Andererseits müssen aber nicht nur das Arbeitsverhältnis des Schriftleiters, sondern auch sein berufliches Ansehen so ge- hoben werden, daß wirklich ein kraft- und wertvoller Schrift- leiterkranz dem Verleger zur Seite steht. Wir werden in objektiver Würdigung der beiderseitigen Belange, nach reiflicher Ueberlegung und Rücksprache mit beiden Seiten das- jenige vorschlagen, was wir im Interesse der deutschen Presse, der Verleger und der Schriftleiter, für notwendig halten. Der Minister gedachte dann, ebenso wie schon vorher der Vorsitzende, der treuen, aufopferungsvollen Hingabe der Verleger im besetzten Gebiet an das Vaterland und teilte mit, daß bisher 40 Verleger zwangsweise die Heimat verlassen mußten und über 500 Zeitungen im besetzten Ge- biet durch Gewaltakte unterdrückt worden sind. — Nach der Rede des Reichsministers Dr. Jarres nahm Professor Dr. Julius Ferdinand Wolff, Dresden, 2. stellvertretender Vor- sitzender des Vereins deutscher Zeitungsverleger, das Wort zu einem umfassenden, großzügig angelegten Vortrag über das Thema „Regierung und Presse“. Er schilderte an Hand der Geschichte des Zeitungswesens und der Pressegesetzge- bung in den Kulturländern, wie es immer zum Unheil von Volk und Staat ausgeschlagen ist, wenn die Gesetzgeber ver- sucht haben, die Pressefreiheit durch theoretische, direkte und indirekte Einflüsse zu beschränken. Seit dem Wormser Edikt gegen die Schriften Luthers ist diese Tatsache durch die Jahr- hunderte hindurch festzustellen. — Prof. Wolff ging be- sonders eindringlich auf die Entwicklung der Pressegesetz- gebung in England ein und zeigte die Nützlichkeit der eng- lischen Regierung und Pressepolitik und die damit zusamen- hängende Urteilskraft des englischen Volkes in seinen tief- gründigen Ausführungen auf. Der Vortrag Prof. Wolffs löste einen in der Geschichte der Hauptversammlung des Ver- eins deutscher Zeitungsverleger bisher fast kaum gekannten Beifall aus. Es wurde beschlossen, den Vortrag durch Druck der weiteren Öffentlichkeit bekanntzugeben. — Im Anschluß an diesen Vortrag wurde in der Beratung des geschäftlichen Teiles der Hauptversammlung eingetreten, wobei insbeson- dere die Frage des Journalistengesetzes behandelt wurde.

Neue Nachrichten

Was will Herriot Deutschland zugestehen?

Berlin, 23. Juni. Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hüch, hatte nach der demokratischen „B. Z.“ am 22. Juni eine Unterredung mit Stresemann, dem er eingehend von seinen Verhandlungen in Paris und von seinen Ein- drücken berichtet habe. Angeblich werde durch diesen Bericht die Ansicht in vollem Umfange bestätigt, daß nämlich Her-

riot die feste Absicht habe, Deutschland dreierlei zu konzessionieren, nämlich:

1. Die volle Gleichberechtigung als Ver- handlungspartei (!!) in allen noch schwebenden und künftigen Verhandlungen über die Regelung der Repara- tionsfrage und anderer internationaler Fragen.

2. Die effektive und vorbehaltlose Wie- derherstellung der deutschen Hoheitsrechte in den besetzten Gebieten, die Aufhebung der Zoll- grenze und die Rückkehr der Ausgewiesenen und der Gefangenen an die Stätten ihrer früheren Wirk- samkeit, sobald die nötigen Gesetze für die Verwirklichung des Dawesplanes angenommen und amtlich notifiziert seien.

3. Die endgültige Aufgabe der interalliierten Militärkontrolle, wenn wir die Generalrevision annehmen und ihr Ergebnis so wäre, wie das deutscherseits mit gutem Gewissen erwartet werden dürfte.

Die Gründung der Nationalliberalen Reichspartei

Berlin, 23. Juni. Im Reichstag fand am gestrigen Sonn- tag eine von etwa 100 Vertretern der Nationalliberalen Ver- einigung Berlin-Brandenburg besuchte Versammlung statt, zu der auch Anhänger der Nationalliberalen Vereinigung aus den übrigen Teilen des Reichs erschienen waren, statt. Die Versammlung beschloß die Gründung der Na- tionalliberalen Reichspartei. Die zum Aufbau der Parteiorganisation erforderlichen Arbeiten sollen, insbe- sondere auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in Preußen, unverzüglich in Angriff genommen werden. Es wurde sofort ein Organisationsauschuß aus 40 Mitgliedern gebildet. Zum Vorsitzenden der Partei wurde der Reichstags- abgeordnete Marekyn gewählt.

Macdonald und Herriot

Paris, 23. Juni. In der Besprechung zwischen Mac- donald und Herriot in Chequers ist nach Blätter- meldungen auch sehr eingehend über die deutsche Mil- itärkontrolle gesprochen worden. Herriot und Mac- donald sind darüber einig geworden, die Forderung der Bot- schafterkonferenz zu unterstützen, wonach ein Inventar aller deutschen Rüstungen und Mannschaftsbestände durch die Kon- trollkommission aufgenommen und darüber ein Bericht an die interalliierten Regierungen gesandt werden muß. Gene- ral Rollet insbesondere soll Herriot veranlaßt haben, auf diesem Punkt zu bestehen.

Zum Beschluß wurde auch über die interalliierten Schulden gesprochen, aber „nur im Vorbeigehen“. Mac- donald und Herriot sind einig geworden, daß Frankreich und England die Regelung der Kriegsschulden vorbereiten müs- sen, ohne daß die amerikanische Regierung an dieser Rege- lung beteiligt wäre. Sowohl die englische als auch die fran- zösische Regierung haben darum je eine Sachverständigen- delegation beauftragt, die Kriegsschuldenfrage gründlich zu prüfen und den Regierungen einen gemeinsamen Bericht über die ganze Frage zu unterbreiten. Herriot und Mac- donald haben beschlossen, das Ergebnis ihrer Besprechung der belgischen und der italienischen Regierung bekannt zu geben. Außerdem berichten die Pariser Zeitungen: Die beiden Minister sind darüber einig geworden, den Plan Dawes so rasch als möglich durchzuführen und den Ergänz- ungen und Berichten der Reparationskommission Rechnung zu tragen. Macdonald und Herriot haben die Informatio- nen ausgetauscht, die sie aus Berlin erhalten haben. Sie sind der Ansicht, daß die nationalistische Opposition in Deutschland nicht in der Lage sein werde, die Annahme der durch den Plan Dawes bedingten Gesetze zu hinterziehen.

Herriot hat sich bereit erklärt, auf die wirt- schaftliche Ausbeutung der Ruhr zu verzich- ten, sobald der Plan Dawes funktioniert. Da- gegen fordert Herriot vor dem Verzicht auf die militärische Besetzung der Ruhr in Uebereinstimmung mit General Rollet gewisse Garantien, insbesondere die Möglichkeit im Falle einer neuen deutschen Vertragsverletzung oder einer deutschen militärischen Drohung rasch Truppen an den Rhein führen zu können. Zu diesem Zweck fordert Herriot die absolute Kontrolle über gewisse strategische Eisenbahnlinien des Rheinlandes.

Auch soll die Abhaltung einer interalliierten Kon- ferenz beschlossen worden sein. Die Konferenz, die am 16. Juli zusammentreten werde, werde Delegierte Frank- reichs, Belgiens, Englands und Italiens ver- einigen. Auch die Vereinigten Staaten werden ein- geladen, einen Delegierten nach London zu senden. Mac- donald und Herriot haben den Wunsch ausgedrückt, General Dawes als Delegierten zu entsenden. Ein deutscher Delegierter wird unter allen Umständen eingeladen werden, zum mindesten, um das Proto- koll zu unterzeichnen (!!), das nach Schluß der Konferenz redigiert werden und alles Nötige für die Durchführung des Planes Dawes enthalten wird. Die Konferenz wird sich nicht mit der militärischen Räumung der Ruhr beschäftigen



und nicht mit der Verteilung der Reparationsgelder an die Alliierten. Hierüber und über das Sicherheitsproblem im allgemeinen wird bei einer später stattfindenden Konferenz gesprochen werden. Diese dürfte voraussichtlich in Paris zusammentreten. MacDonald hat nämlich Herriot gegenüber seinen Wunsch ausgedrückt, seinen Besuch erwidern zu können.

Nach einer Londoner Meldung soll Herriot in der französischen Botschaft erklärt haben: Ich habe in MacDonald einen Freund Frankreichs gefunden, einen Mann, der die Bedürfnisse Frankreichs versteht. Er legt sich Rechnung davon ab, daß Frankreich beruhigt werden muß. Er will in Uebereinstimmung mit uns arbeiten und führt, daß die Zusammenarbeit eines Tages nicht genügen wird. Er hat keinerlei Opfer von mir verlangt. Er versteht wohl, daß wir Sicherheitsgarantien verlangen. Er begreift, daß ein Land, das so oft angegriffen worden ist, solcher Sicherheiten und Garantien bedarf.

Das Attentat gegen den Generalgouverneur von Indochina

Hongkong, 21. Juni. Der Generalgouverneur von Hongkong bekundete funktentelegraphisch seine Teilnahme an dem Verlust, den die französische Kolonie erlitt. Er beklammert sich über die Tatsache, daß er persönlich dem Attentat anging. Einer der Verletzten erlag inzwischen seinen Verletzungen. Kasabianka, der in Schantung das Amt des Konsuls versah, verlor den linken Arm. Englische und amerikanische Matrosen und Zivilisten leisteten den Verletzten die erste Hilfe.

Die Kabinettskrisis in Südafrika

London, 21. Juni. „Morningpost“ meldet aus Kapstadt, es werde erwartet, daß General Smuts am Sonntag den Rücktritt einreicht. General Herzog, der am Mittwoch in Pretoria eintrifft, werde dann auf Ersuchen des Generalgouverneurs ein Kabinet bilden. — Einer „Times“-Meldung aus Bloemfontein zufolge, wurde General Herzog gefragt, ob er seine während der Wahlen abgegebene Versicherung, daß die Nationalisten keinen Vertrag unternehmen würden, das konstitutionelle Verhältnis Südafrikas zu Großbritannien zu ändern, wiederholen könne. Der General erwiderte, daß die Nationalisten die Vortrennung, bevor sie von der gesamten Bevölkerung gefordert würde, als eine nicht praktische Politik ansehen.

Lloyd George zum Dawesbericht

London, 20. Juni. Lloyd George erklärte in der gestrigen Unterhausung, nach seiner Ansicht seien die Aussichten für eine europäische Regelung durch den Dawesbericht ein wirkliches Segen und es seien Laffachen vorhanden, die darauf hindeuteten, daß der Bericht angenommen werde. Frankreich habe das Ausprobieren versucht. Es sei aber gescheitert. Ein neuer riesiger Vorteil sei, daß die Vereinigten Staaten an der Regelung teilnehmen würden. Die gegenwärtige amerikanische Regierung sei mehr oder weniger an dem Erfolg des Berichtes interessiert. Es könne jedoch nicht angenommen werden, daß mit der Regelung der Reparationsfrage das Ende der für den Handel bestehenden Schwierigkeiten gekommen sei. Die Regierung dürfe nicht annehmen, daß die Dawesregelung eine endgültige sein werde. Sie werde die Wirkung haben, eine Atmosphäre hervorzurufen, die dem europäischen Handel nützlich werde. Aber die unmittelbare Wirkung auf den britischen Handel werde nicht gut sein. Gegenwärtig habe England etwa 74% Prozent seiner Vorkriegsausfuhr wieder erreicht. Die Verminderung des Handels sei nicht darauf zurückzuführen, daß irgend jemand den britischen Handel weggenommen habe. Deutschland sei der wichtigste Rivale Englands vor dem Kriege gewesen. Es führe seit dem Kriege nicht mehr als 40 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit aus. So viel er wisse, sei im letzten Jahr die deutsche Ausfuhr nicht über 20—25 Prozent des Vorkriegsumsatzes hinausgegangen. Die Deutschen könnten infolge der Tatsache, daß ihr Kredit gesunken sei, nicht Rohstoffe zu einem Preise kaufen, der es ihnen ermöglichte, mit England auf den Auslandsmärkten zu konkurrieren. Deutschland habe 35—40 Prozent für Anleihen für seine Geschäfte zu zahlen. In dem Augenblick, in dem man den deutschen Kredit wiederherstelle, würden diese Hemmnisse verschwinden. Der Erfolg des Dawesberichtes hänge von dem Grade ab, in dem sich der deutsche Kredit wieder aufrichten könne. Soviel er wisse, betrage die Summe, die Deutschland vom Ausland vorgestreckt werden solle, 40 Millionen Pfund Sterling in Gold. Dieses Geld werde nicht bezahlt an Frankreich, Großbritannien, Belgien oder Italien, sondern an die deutschen Rohstoffhersteller und die Stahl-

firmen und an Leute, die Waren an die Besatzungstruppen lieferten. Dies sei der Beginn der Wiederherstellung des deutschen Kredites. Eine Reihe von Krediten sei vereinbart worden, bei denen die Eisenbahnen und andere Einrichtungen als Sicherheit gegeben werden sollten. Die Gesamtsumme werde den fabelhaften Betrag von etwa 130 Millionen Pfund Sterling erreichen. In der Zeit, in der die Deutschen nicht in der Lage gewesen seien, mit dem übrigen Teil der Welt Handel zu treiben, hätten sie ihre ganze Energie an die Wiederherstellung ihres Landes gesetzt. Frankreich, Italien und Belgien und in sehr großem Umfang auch die Vereinigten Staaten hätten dasselbe getan. England dagegen habe weniger als jede andere Nation in dieser Hinsicht getan. England habe seit 1913 weniger Fortschritte in Bezug auf die elektrische Kraft gemacht als jedes andere große Land. Deutschland habe vor dem Kriege weniger elektrische Kraft zu seiner Verfügung gehabt als England. Aber es habe sie seither um 40 Prozent vermehrt, trotzdem ein Drittel seiner Kohlen ihm weggenommen worden sei. Die deutsche Schuld, die rund 10 Milliarden Pfund Sterling betragen habe, sei vollkommen ausgetilgt, ebenso die Munizipalschulden und die industriellen Obligationen wie vor dem Kriege. Zweifellos sei der deutsche Kredit geschädigt worden, aber wenn er wieder hergestellt sei, werde Deutschland die Kraft und die Pläne bereit haben. Alles was Deutschland wolle, sei Kredit, um in die Lage zu bekommen, neu zu beginnen. Deutschland werde ihn auch erhalten.

Zum Fall Matteotti

Rom, 23. Juni. Der Umstand, daß der ehemalige Pressechef noch nicht ergriffen und der frühere Generaldirektor der Volkspartei von der Justiz noch nicht verfolgt wird und von der Leiche noch keine verbürgten Nachrichten gegeben werden können, hält die Presse wie das Publikum in Aufregung. Nicht nur die moralische, sondern auch die politische Seite der Frage wird von den Wärrern lebhaft erörtert. Die Sozialisten verlangen fortgesetzt den Rücktritt des Kabinetts. Die Turiner „Stampa“ führte aus, daß keine Partei die Regierung zu übernehmen wüßte, obgleich sicher sei, daß das jetzige Kabinet unmöglich auf dem Posten bleiben könne. Die Gefahr, daß durch diesen Rücktritt Italien in einen bolschewistischen Zustand zurückfallen könne, bestehe nicht mehr. „Popolo“, das Organ der katholischen Volkspartei, verlangt nur, daß wiederum gesetzliche und verfassungsmäßige Zustände eintreten und das System der unbefristeten Gewalttätigkeiten aufhöre. „Mondo“ wendet sich gegen diejenigen Regierungsbürokraten, die behaupten, es gebe nur die Wahl zwischen Mussolini und dem Bürgerkrieg. „Giornale d'Italia“ schreibt, daß das aufgehobene Verbrechen im Ministerium des Innern die Verdienste, welche sich Mussolini im Kampfe gegen den Bolschewismus erworben habe, nicht schmälern dürfe. Aber die Säuberung im Ministerium des Innern wie auch in den Provinzialverwaltungen müsse arbeitsam und energisch weitergeführt werden, und das Presseamt müsse wieder funktionieren.

Heße gegen die Japaner

Los Angeles, 21. Juni. Als verschiedene Redner in einer Versammlung der Gesellschaft der Freunde (Quäker) in Whittier die Forderung stellten, daß die Kirche gegen den Ausschluß der Japaner ihre Stimmen erheben müßte, zog eine Menge von Männern und Frauen aus dem in der Nähe gelegenen Belfiore vor das Haus des Japaners Kawamoto und besah ihm, die Stadt zu verlassen. Herbeigerufenen Polizei begabte die Kundgebung. Auf den aufgestellten Plakaten wurde erklärt, daß als Vergeltung für die Mißhandlung von Amerikanern Japaner und Japanerinnen mißhandelt würden.

San Pedro, Kalifornien, 21. Juni. Auf den Schiffsplätzen bei Port Newark wurden die von Angeln durchbohrten Leichen zweier Japaner aufgefunden.

W ü r t t e m b e r g

Zur Stuttgarter Tagung der deutschen Zeitungsverleger

Stuttgart, 21. Juni. In dem Telegramm, in welchem der Reichsaussenminister Dr. Stresemann sein Wegbleiben entschuldigte, heißt es u. a.: „Gerade zu einer Zeit, in der mehr wie sonst das Bestreben und Neuaufleben selbständiger deutscher Zeitungsvernehmungen eine dringende Notwendigkeit ist, um nicht auch das geistige Leben zu verkrüppeln zu lassen, kommt den Beratungen des Vereins deutscher Zeitungsverleger besondere Bedeutung zu.“ Im weiteren Verlaufe der Tagung nahm Dr. Simon-

Frankfurt a. M., Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für das ganze Zeitungsgewerbe, in ausführlicher Rede Stellung zur Frage des Journalistengesetzes. Er schilderte die Schwierigkeit und teilweise Unmöglichkeit, die Begriffe „Öffentliches Interesse“, „Presse“, „Redakteur“, „Verleger“ eindeutig und erschöpfend zu definieren. Besonders scheint es unmöglich, die allerpersönlichste Beziehung von Verlegern und Redakteuren, die nur auf gegenseitigem, keinem Gesetz unterworfenem Vertrauen beruhe, gesetzlich zu erfassen. Möglich und wünschenswert aber sei es, durch Sicherung der Redakteure für Arbeitsunfähigkeit und Alter und für den Fall des Todes für ihre Hinterbliebenen den für ihren Beruf notwendigen Idealismus von außen her zu stärken und zu fördern. — Dr. Carbe-Berlin hob besonders drei Gesichtspunkte hervor. Er wies auf die Gehaltsregulierungen hin, die seit Ende der Inflation in einem für die Journalisten durchaus günstigen Sinne gelöst seien. 2. Stelle auch die Beziehungen zwischen Verleger und Redakteur als ganz individuell und auf geistigen und Charaktergrundlagen beruhend heraus und hob 3. besonders die Reinheit der deutschen Presse hervor, die in erster Linie dem Verantwortungsgesühl und dem Idealismus der deutschen Verlegerchaft zu verdanken sei. Er rief der Regierung zu: Hände weg vom Journalistengesetz. Die deutsche Verlegerchaft ist rein und wird ihr Haus auch weiter ohne Gesetz rein halten. — Reichsminister des Innern Dr. Jarres nahm nochmals zu längerer Ausführung das Wort, um den Standpunkt der Regierung darzulegen, die den Ausgleich zwischen den entgegenstehenden Ansprüchen erstrebe. Ihm erwiderte noch Dr. Jänes-Hannover und Professor Wolf-Dresden, der in seinem Schlusswort nochmals die Auflösung der deutschen Verleger betonte. — Damit war die Frage des Journalistengesetzes erledigt.

Stuttgart, 23. Juni. Aluminiumausstellung. Die Bedeutung des Aluminiums hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. 1913 betrug die Produktion 1000 Tonnen, heute etwa das zehnfache und die Verwendung des Aluminiums ist außerordentlich vielseitig geworden. Um seine Wichtigkeit vor Augen zu führen, findet zurzeit im Haus für Technik und Industrie (Gewerbehalle) eine wissenschaftlich-technische Aluminiumausstellung statt, die nicht nur für den Fachmann, sondern auch für den Laien, insbesondere auch für die Hausfrauen allerhand interessante Dinge bietet.

Stuttgart, 21. Juni. Zusammentritt des Landtags. Wie wir hören, wird der Landtag am Freitag, 27. Juni, zu einer kurzen Tagung zusammentreten, bei der vor allem der Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1924 zur Erledigung kommen soll.

Kommunisten vor Gericht. In der Berufungsinstantz wurden die Kommunisten Schneck, Müller und Stetter wegen Abhaltung einer nicht genehmigten Versammlung zu 50 bzw. 60 Mark Geldstrafe verurteilt. In erster Instanz waren Geldstrafen von 150—200 Mark ausgesprochen worden. Wegen Veröffentlichung einer Kritik an der Regierung bezüglich deren Stellungnahme zu den Steuerangelegenheiten der Daimler-Motoren-Gesellschaft wurde der Abg. Schneck als Redakteur der „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung“ zu einer Geldstrafe von 700 Mark verurteilt.

Aus dem Lande

Oppelsböhmerthal, 21. Juni. Eingemendung. Im Auftrag des Ministeriums des Innern fand dieser Tage unter dem Vorsitz des Oberamtmanns Baumann auf dem hiesigen Rathaus eine Sitzung der drei Gemeinderäte von Breitenacker, Dederhards und Oppelsböhmerthal statt, in der die Zusammenlegung der Gemeinden wegen den örtlichen und sonstigen Verhältnissen beraten wurde. Die Gemeinden Breitenacker und Dederhards stehen seit unvorstellbarer Zeit mit Oppelsböhmerthal im Schulverband. Trotzdem kam eine Vereinbarung nicht zustande und die Frage muß nun im Wege der Verordnung gelöst werden.

Omünd, 21. Juni. Selbstmord. — Festgenommen. Freitagabend hat sich eine 17 Jahre alte ledige Hilfsarbeiterin durch Einnahme von Gift das Leben genommen. Der Beweggrund ist nicht völlig geklärt. — Ein in der Freimühle bediensteter Knecht wurde vom Landjäger festgenommen, weil er auf dem Weg nach Kleindeinbach ein Mädchen belästigte.

Waldstetten, 21. Juni. Unerschlagung. Der hiesige Postknecht wurde wegen Amtsunterschlagung festgenommen und befindet sich in Untersuchung-

Deutsches Herz verzage nicht,
Tue was dein Gewissen spricht
Reblich folge seiner Spur,
Reblich hält es seinen Schwur!

Die Bauerngräfin

Roman von Fr. Lehne.

43.

(Nachdruck verboten.)

Hans Eckardt sah dem Freund starr in das offene, heitere Gesicht. „Nein, darüber nicht. Bernd, du hattest meine Frau in Berlin getroffen?“

„Ah, hat sie es dir doch gesagt? Mich hatte sie gebeten, über unsere zufällige Begegnung zu schreiben.“ antwortete er lebhaft, „sie wollte dir irgendeinen Verdruß erparieren. Ich zitierte, es handelt sich mal wieder um deinen Bruder, da sie im Auftrag deiner Schwägerin in Berlin war. Habe ich nicht recht mit dieser Vermutung? Wir haben bei Kempinski zusammen gegessen. Hat sie dir erzählt, daß wir dort den Reigenstein von den K-Drachonern getroffen hatten? Der ist alt geworden. Die Millionen seines Schwiegervaters scheinen ihm nicht sonderlich zu bekommen,“ plauderte in größter Harmlosigkeit Eldringen.

„Nein“, entgegnete Hans Eckardt gepreßt. „Sein Ton fiel dem andern auf.“

„Was hast du, Hans? Was es dir etwa nicht angenehm, daß ich mich deiner Frau für eine Stunde gewidmet habe? Und ich war so erfreut über den Zufall, der sie treffen ließ.“

„Sie hat mir überhaupt nichts davon gesagt.“

„Ja, woher weißt du es denn sonst, und aus welchem Grunde machst du eine Kabinettsfrage daraus?“

Eldringen sah den Freund verwundert an und bemerkte, wie in dessen Gesicht Verlegenheit, Scham miteinander kämpften, und wie der seinen Blick vermied.

Da begriff er mit einem Male, warum Hans Eckardt ihn gefragt. Sein hübsches, knabenhafte Gesicht wurde dunkelrot vor Zorn. Er riß die Augen so kurz und heftig an sich, daß seine Kapputze sich hochauf bäumte.

„Bin ich denn nicht dein Freund?“

Der andere senkte den Kopf und stemmte die Unterlippe fest zwischen die Zähne. Er sagte nichts.

„Hans Eckardt, du hegst Mißtrauen gegen mich — deinen Freund, und beleidigst mich — und deine Frau! Keine Entschuldigung gibt es, die einen solchen Verdacht rechtfertigen könnte.“ Ein ehrlicher Zorn strömte aus seinen Augen. „Hans Eckardt, nach diesem sind wir geschiedene Leute. Ich betrete dein Haus nicht mehr. Doch das eine will ich dir sagen: deine Frau ist rein wie die Sonne, und du verdienst sie nicht, wenn du sie auch nur mit dem Schatten eines Verdachts freißt! Diese Rechtfertigung muß ich ihr geben.“

Er gab seinem Pferd die Sporen und sprengte davon, seinen Leuten zu. Hans Eckardt eifersüchtig auf ihn — ihn! Und hatte doch dazu keinen Grund. Denn die Verehrung und anbetende Liebe, die er für Rosemarie hegte, die nahm niemanden etwas, von der wußte keiner und die geliebte Frau am allerwenigsten, die in ihm nur ihren ergebenen Freund sah.

Hans Eckardt war tief beschämt. Jetzt begriff er selbst nicht mehr, daß er nur eine Minute einen so unabwehrlichen Verdacht gegen die beiden ihm liebsten Menschen hegen konnte. Doch seine innere Zerrissenheit hatte ihm den Blick seiner Augen getrübt, ihm seine klare Urteilskraft genommen und ihn vielleicht des besten Freundes beraubt.

Nein, das durfte nicht sein. Er ritt ihm nach. Er durfte den Freund nicht auch noch verlieren.

„Bernd —“

Des andern Blick streifte lächelnd über ihn hin. „Bernd — höre mich — ich bitte dich um Verzeihung — verzeih — ich bitte dich! — Wenn du wüßtest, wie es in mir aussieht! — Sage mir erst, daß du mir verzeihst.“

Eldringen sah die ehrliche Reue des andern. Er nickte, indem er ihn mit erstem, vorwurfsvollem Blick ansah.

„Du hast mir sehr weh getan! Doch! wenn deine Frau dir auch verzeiht.“

Hans Eckardt lächelte bitter. „Ach! — Rosemarie! — Das ist's ja eben, wir sind uns so fremd! Vielleicht ließt du ihr doch näher als ich. Für dich hat sie ein freundliches Lächeln — für jeden überhaupt — nur ich muß wie ein Bettler daneben stehen!“ tief er in ausbrechender Leidenschaft.

Erschreckt blickte Eldringen auf ihn.

„Na, Bernd. Wenn du eine Abnung hättest von den Qualen, die mich verzehren, von der Reue, von den Selbstvorwürfen! Alles habe ich allein für mich tragen müssen, ich erstickte noch unter der Last. Rosemarie, das Weib meiner Sehnsucht, meiner Liebe, und durch eigene Schuld mir genau so unerreichbar wie dir, wie aller.“

„Hans, wenn dich ein Mißsprechen erleichtert, ich brauche dir wohl nicht erst zu sagen, daß ich dein Freund bin.“

Und Hans Eckardt sprach sich seine Last vom Herzen, froh, es endlich nun zu können. Sein Stolz war müde geworden. Er erzählte, wie und wo er Rosemarie zum ersten Male gesehen, wie ihn ihre unbeschreibliche Sühne so gefangen genommen, daß er sie nie hatte vergessen können, und weil er sie dann in der ihm ausgedienten Braut wiedergefunden und sie durch sein heileidiges Verhalten tödlich gekränkt hatte, und daß Rosemarie bis heute streng das „Geschäftsverhältnis“ innehielt. „Begrüßst du nun, Bernd, daß ich noch mal wie von Sinnen bin? Das Komödienleben geht über meine Kraft! Ja, wenn ich sie nicht so liebte.“ Ein fast wilder Ausdruck lag in seinen Augen, die aber die tiefe, blühende Sommerlandschaft irrten. Sie waren etwas zurückgeblieben. Das Pferdetrappel vermischte sich mit dem Gesang der Soldaten:

„Sie liebt mich treu, sie ist mir gut,
Dum bin ich frisch und wohlgehumt!
Mein Herz schläft warm in kalter Nacht,
Wenn ich aus ferne Lieb gebacht.“

Eldringen schwieb; er fand keine Worte. Er war zu raskhaft von dem Gebirgen. Nun hatte er den Schlüssel zu dem, was ihm an der Ehe des Freundes wunderbar erschienen war. Ein tiefer Ernst lag auf seinem hübschen Gesicht. Er sann vor sich hin.

„Armer Kerl!“ sagte er endlich leise, „und soll das nun immer so weiter gehen?“

„Es wird wohl. Was sonst! Sie geht rechts — ich links — so kommen wir gut miteinander aus.“ Höhnisch lachte Hans Eckardt auf.

„Und hast du nicht schon mal versucht, eine Aenderung dieses unerträulichen Zustandes herbeizuführen?“

„Um vielleicht zurückgewiesen zu werden? Nein!“ rief Hans Eckardt trotzig.

(Fortsetzung folgt.)



haft. Es soll sich um einen Fehlbetrag von 3600 Mark handeln.

Geislingen a. St., 21. Juni. Aufounfall. Ein die Geislinger Steige abwärts fahrender Radfahrer aus Oppingen stieß mit einem Personenkraftwagen zusammen und wurde dabei so schwer verletzt, daß seine Verbringung ins Bezirkskrankenhaus nötig war. Wer die Schuld an dem Unglück trägt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Heilbronn, 22. Juni. Motorradunfall. Der 30 J. alte Albert Müller fuhr mit einem Motorrad in rasender Geschwindigkeit gegen eine Steinmauer und wurde mit großer Wucht vom Rade geschleudert. Dabei zog er sich schwere Verletzungen am Kopfe zu, so daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Heilbronn, 22. Juni. Das Redarhotel Gewerkschaftshaus. Wie die Heilbronner Abendzeitung meldet, haben sich die Gewerkschaften auf einen Kaufpreis von 250 000 M geeinigt. Davon sollen bis 1. Oktober 100 000 Mark, hiervon 15—20 000 M sofort bezahlt werden. Der Anbau bleibt außerhalb des Kaufvertrags, doch haben die Gewerkschaften das Vorkaufsrecht. Die Industrie beabsichtigt eine Aktion, die den Verkauf verhindern soll, um das Redarhotel als Hotel zu erhalten.

Freudenstadt, 21. Juni. Schließung einer Station. Die Bahnstation Friedrichstal auf der Strecke Freudenstadt-Klosterreichenbach ist mit sofortiger Wirkung für den Personenverkehr geschlossen worden; sie dient nur noch dem Güterverkehr.

Freudenstadt, 22. Juni. Unter die Räder. Auf der Straße von Zwiggabel nach Schönmünzach war der vom Walde heimkehrende Fuhrmann Karl von Röt auf seinem Bangholzfuhrwerk eingeschlafen und so unglücklich gestürzt, daß er unter die Räder des schwer beladenen Wagens kam und getötet wurde.

Freudenstadt, 22. Juni. Zum Ausbau der Murgtalbahn. Hier hat eine Versammlung von Vertretern der Gemeinden und im Murggebiet ansässiger Firmen stattgefunden, der auch behördliche Persönlichkeiten und Abgeordnete beiwohnten. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die der bestimmten Erwartung Ausdruck gibt, daß der bereits begonnene Ausbau der Murgtalbahn auch vollends durchgeführt und nicht etwa eingestellt wird. Die Entschließung soll an die zuständigen Stellen in Berlin weitergeleitet werden.

Berkheim O. L., 22. Juni. Blitzschlag. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in den Stadel des Landwirts Höhle und zündete. Der Stadel brannte vollständig ab, wobei 20 Hühner und der neue Heuvorrat mitverbrannten. Das meiste Inventar konnte gerettet werden.

Craßheim 22. Juni. Eisenbahnerlos. Auf der Station Niederstetten verunglückte der verb. Bremser Fritz Bach von hier indem er zwischen die Gleise fiel, wo er bewußtlos liegen blieb.

Nalen, 23. Juni. Zweites Gleis. Pünktlich auf 15. Juni konnte das neue zweite Bahngleis Stuttgart-Nalen in Betrieb genommen werden. Das letzte Streckenlos erzielte vermehrte Arbeit und Kosten, da die Erhöhung eines Durchgangs vorgenommen wurde. Deshalb mußte auch das erste, sog. alte Gleis auf eine längere Strecke herausgenommen werden. Diese Arbeit wird ebenfalls demnächst beendet sein. Es steht mit dieser Fertigstellung eine bedeutende Verbesserung der Verbindung mit der Landeshauptstadt, wie auch eine Steigerung des Remstalbahnverkehrs überhaupt zu erwarten.

Heidenheim, 23. Juni. Beschäftigung. Ueber 250 Papierfabrikanten aus allen Teilen Deutschlands beschäftigten die J. M. Voith'schen Maschinenwerke hier unter Führung von Ingenieuren. Bei dem sich anschließenden Essen im Konzerthaus begrüßte Fabrikant Dr. Walter Voith namens der Firma, Oberbürgermeister Jäkle namens der Stadt die Gäste.

Southheim O. L., Heidenheim, 22. Juni. Ueberfahren. Durch einen Donner erschreckt, gingen die Tiere eines Bauern mit zwei Heuwagen durch. Der Besitzer, der auf der Deichsel saß, wollte abspringen, blieb aber hängen und beide Wagen gingen über ihn hinweg. Sein Zustand ist bedenklich.

Ulm, 21. Juni. Unwetterchaden. Ein furchtbares Hagelwetter hat Freitag abend 4.30 Uhr auf den Markungen Jüdingen, Ingstetten, Hausen, Altmendingen und dem Schmiedtal unübersehbaren Schaden angerichtet. Die ganze Ernte und der Obsttrug sind vernichtet. Eine große Zahl Fenster und Dächer sind beschädigt. Die Gegend gleicht einer Wüste.

Friedrichshafen, 22. Juni. Die 30. Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger fand heute mit einem Ausflug von Stuttgart hierher ihren Abschluß. Als die Sonderschiffe „Friedrichshafen“ und „Hohentwiel“ nach mehrstündiger, durch trübes und teilweise regnerisches Wetter etwas ungünstig beeinflussten Rundfahrt auf dem Bodensee auf die Höhe von Immenstaad kamen, näherten sich zwei Metallflugzeuge vom Flugzeugbau Dornier und führten glänzende Manöver in der Luft und auf dem See aus. Nach der Rückkehr nach Friedrichshafen erfolgte eine Beschäftigung des in der Riesenhalle der Zeppeleinwerk bis auf den Einbau der Motoren fertiggestellten, für Amerika bestimmten Luftschiffes. Dr. Eckener ließ die Gäste herzlich willkommen und gab seiner Freude Ausdruck, sie an der Wirkungsstätte des Grafen Zeppelin begrüßen zu können, für dessen Unternehmen sich einmal eine große nationale Bewegung erhoben habe, wie man sie heute wieder wünschen möchte. Dr. Eckener teilte mit, daß die Presse rechtzeitig verständigt werde, sobald die Probeflüge des Luftschiffes beginnen würden. Kommerzienrat Dr. Haven-Dumont-Köln dankte für den freundlichen Empfang, pries die unvergänglichen Verdienste des Grafen Zeppelin, der den Verfasser Frieden nicht mehr erleben mußte, und bekundete unter dem überwältigenden Eindruck des Luftschiffes die große Freude, zu sehen, was die Schüler des Grafen an deutscher Kunst, Technik und Wissenschaft geleistet haben. Er hoffe, daß dieses Schiff nicht das letzte sein werde, das diese durch den Verfasser Vertrag zum Abbruch bestimmte Halle verlasse, und daß die Welt immer neue Erfolge haben werde zu Deutschlands Ehre und Ruhm in wissenschaftlicher und technischer Friedensarbeit. Er schloß: Heil und Erfolg der Zeppelingesellschaft und ihren Fahrern und dem Schiffe eine glückliche Fahrt nach Amerika! Begeisterter stimmte die Versammlung in das Gedicht der Zeppelingesellschaft ein und sang das Deutschlandlied. Eine Zusammenkunft im Kurgartenhotel beschloß die Leitung von Direktor Esser-Stuttgart in **Wen Teller** glänzend verlaufene Tagung.

Baden

Mannheim, 21. Juni. Unter der Anklage des Diebstahls, Urkundenfälschung und Betrugs stand die 47 Jahre alte Witwe Neumann aus Karlsruhe vor dem hiesigen Schöffengericht. Die Angeklagte logierte von Anfang April bis Mai dieses Jahres in einem hiesigen Hotel unter dem falschen Namen Freifäulein von Benningen. Unter Vorzeigen eines gefälschten Erbscheines gab sie sich als Tochter und Universalerbin des Freiherrn von Benningen aus Eichersheim aus und erschwand in Hotels und Geschäftshäusern größere Geldbeträge, gab an Druckerien große Druckaufträge und versuchte sogar, die Wohnungseinrichtung der eigenen Mutter zu verkaufen. Sie erschwand und stahl, wo sie konnte, kleine Geldbeträge. Der Sachverständige bezeichnet die Angeklagte als Querulantin und pathologische Schwindlerin. Sie sei von Haus aus kriminell veranlagt und eine ausgesprochene Abnormität, die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Angeklagten könne aber nicht bezweifelt werden. Die Angeklagte wurde zu der gesetzlichen Mindeststrafe von vier Monaten verurteilt.

Niederbühl, bei Rastatt, 21. Juni. Kriegerausgrabung. Nachdem die Amerikaner vor etwa zwei Jahren ihre während der Gefangenschaft gestorbenen Kriegsteilnehmer auf dem Niederbühler Friedhof ausgegraben und in die Heimat überführt, wurden gestern und heute vormittag die englischen in der Gefangenschaft Bestorbenen ausgegraben. Dieselben sollen nach Rastatt, wo ein Sammelriedhof für englische Kriegsgefangene angelegt ist, überführt werden, wo ihnen ein Denkmal von englischer Seite errichtet werden soll.

Oberstrot, b. Bernsbach, 21. Juni. Beim Baden erkrankte am Fronleichnamstag ein 19jähriger Schreiner von Karlsruhe, der mit seinen Kameraden eine Wanderung unternommen hatte. Die Gruppe hatte sich auf einer Wiese an der alten Oberstrotter Straße gelagert und sich die Zeit mit sportlichen Übungen vertrieben. In stark ersticktem Zustande unternahm der junge Mann ein Bad im Kanal des Kastchen Bertes. Kaum in den Fluten versank er. Die Kameraden konnten nur seine Leiche bergen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Afelsingien bei Donaueschingen, 22. Juni. Infolge des starken Gewitters in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag ist der Aubbach wieder so stark angeschwollen, daß er einen hohen Meter hoch in den Häusern steht. Er schüttete das von der Reichwehr neu angelegte Bachbett zu und schuf sich ein neues. Das Haus des Straßwarts Röttele wurde durch das Hochwasser beschädigt.

Kaiserslautern, 22. Juni. Die ledige 34 Jahre alte Näherin Anna May von Schnedehausen wurde wegen Kindsmordes unter Jubilation mildernden Umständen zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren abzüglich sechs Monate Untersuchungshaft verurteilt. Die Angeklagte hatte ihr wenige Tage altes Kind durch Schädelerstümmung getötet und die Leiche auf einer Eisenbahnfahrt zum Fenster hinausgeworfen.

Tüßingen Amt Ueberlingen, 22. Juni. Während der Landwirt Anton Möhrle und seine Familie auf dem Felde beschäftigt waren, brannte am Freitag vormittag sein Anwesen vollständig nieder. Nur mit knapper Not konnte das Vieh gerettet werden. Auf den Hilferuf Tüßingens fuhr Prinz Max die Salemer Feuerwehr zur Brandstätte, um Hilfe zu leisten, leider aber konnte nichts mehr gerettet werden. Man nimmt als Ursache des Brandes Kurzschluß an.

Niederwühl bei Waldshut, 28. Juni. In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag schlug der Blitz in das Anwesen des Bürgermeisters Scheuble ein. Der Blitz zündete in der Scheuer und das ganze Anwesen brannte bis auf den Grund nieder. Die Bewohner konnten kaum das nackte Leben retten. Inventar und Fahrnisse wurden vernichtet. Das Anwesen war nur gering versichert.

Vom Bodensee, 23. Juni. Hochwasser. Wegen des hohen Wasserstandes ist der Fahrweg Unteruhldingen-Seefeldern nicht befahrbar. Das Wasser reicht bis an die Landungsbrücke der Ueberlinger Schiffsladestelle und die dortige Lagerhalle steht bereits seit einigen Tagen im Wasser.

Notiales.

Wildbad, 24. Juni 1924.

Neue Eisenbahnfahrarten. Die bisherigen sogenannten Doppelkarten für Hin- und Rückfahrt kommen demnächst nach Aufbrauch der Restbestände in Wegfall und werden durch gewöhnliche Einbahnfahrarten ersetzt, deren linke vordere Hälfte weiß ist, während die rechte Hälfte und die Rückseite in der Farbe der Klasse grün, braun oder grau zu halten ist. Die Doppelkarten werden wie früher die Rückfahrkarten geleistet, das Abtrennen einer Hälfte fällt weg.

Vorkaß vor Kreuzottern. In Altsiedel an der Iller wurde die im Wald mit Holzarbeiten beschäftigte Frau Hilburger von einer Kreuzotter gebissen. Die Wunde wurde bei der ersten Hilfeleistung nicht richtig verbunden, so daß sich Blutvergiftung einstellte.

Aufruf der württembergischen Staatskassenscheine

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Auf Grund der Verordnung des Staatsministeriums vom 27. Oktober 1923, betreffend die Ausgabe von Staatskassenscheinen (Reg. Bl. S. 475), in der Fassung des Gesetzes vom 13. Juni 1924, betreffend die Staatskassenscheine (Reg. Bl. S. 359), ruft das Finanzministerium die sämtlichen von ihm ausgegebenen Kassenscheine des württ. Staats über hundert Milliarden Mark, Tausend Milliarden Mark und zehn Billionen Mark, zur Einlösung bis zum 21. Juli 1924 einschließlich auf.

Die Staatskassenscheine verlieren mit Ablauf dieser Frist ihre Gültigkeit. Einlösungstellen sind die Staatshauptkasse und die Staatsschuldentasse in Stuttgart, Königsstr. 44, sowie — nach Maßgabe ihrer Kassensbestände — die Staatsrentämter.

Wie spart der Wechselschuldner Prozeßkosten?

Die seit Monaten herrschende Kreditnot führt täglich zu Wechselprozeßen in bedenklichem Umfang. Es ist dem Schuldner zurzeit nicht möglich, Deckung zu schaffen. Die Kauflust ist gering. An die Herabsetzung der Preise kann sich mancher Schuldner noch nicht gewöhnen. Die Banken gewähren zu geringe Kredite. Die Erhebung von gerichtlichen Klagen im Wechselprozeß steigt täglich. Es werden Verhandlungstermine angefordert, die Klagen werden zugestellt, im Termin erscheint der Schuldner nicht, es erfolgt Versäumungsurteil. Es besteht die Gefahr, daß in den nächsten Monaten, wenn die Kreditnot weitergeht, der deutschen Volkswirtschaft

durch die Gerichtsoverfahren sehr erhebliche Mittel entzogen werden. Ein Wechselprozeß einschließlich Veräußerungsurteil über 10 000 Mark verursacht heute an Gerichtskosten etwa 160 Mark, an Anwaltskosten 300 Mark. Ein gleicher Prozeß über 50 000 Mark läßt etwa 560 Mark Gerichtskosten und 250 Mark Anwaltskosten entstehen, wenn der Wechselanspruch in einer besonderen Klage verlangt wird.

Den Schuldnern ist zu wenig bekannt, daß sie in einem sehr erheblichen Umfang diese Prozeßkosten abwenden können. Es hat gar keinen Zweck, sich verklagen zu lassen, wenn Einwendungen doch nicht erhoben werden können. Das Gesetz gibt im § 794 Ziff. 5 der Zivilprozeßordnung die Möglichkeit, einem kostspieligen Prozeß aus dem Weg zu gehen und ohne Verhandlungstermin dem Gläubiger einen vollstreckbaren Titel zu geben. Es findet nämlich die Zwangsvollstreckung nicht nur aus Urteilen, sondern auch „aus Urkunden“ statt, wenn der Schuldner sich der sofortigen Zwangsvollstreckung in der Urkunde unterworfen hat, welche von einem deutschen Gericht oder von einem deutschen Notar innerhalb der Grenzen der Amtsbefugnisse in der vorgeschriebenen Form ausgenommen wird, sofern die Urkunde über einen Anspruch errichtet ist, welcher die Zahlung einer bestimmten Geldsumme oder die Leistung einer bestimmten Menge anderer vertretbarer Sachen oder Wertpapiere zum Gegenstand hat. Die Kosten des Gerichts betragen für die Aufnahme einer solchen Urkunde bei einem Gegenstand von 10 000 Mark etwa 50 Mark, bei 50 000 Mark etwa 250 Mark. Anwaltskosten werden nicht entstehen, da der Schuldner die Erklärung selbst vor dem Gericht oder vor dem Notar abgeben kann. Die Wechselschuldner müssen darauf achten, daß der Gläubiger rechtzeitig in den Besitz der vollstreckbaren Urkunde kommt und daß alle Wechselverpflichteten dem zwangsvollen Prozeß aus dem Weg gehen und sich rechtzeitig der Zwangsvollstreckung unterwerfen.

Allerlei

Das Heu als Brandereger. Alljährlich entstehen zahlreiche, verhängnisvolle Gehöftbrände infolge Selbstentzündung des Heus. Die Gefahr des Selbstentzündens ist umso größer, je mehr Heu in kurzer Zeit auf den Stock kommt oder wenn das Heu in nicht ganz einwandfreiem trockenem Zustand eingebracht werden muß. Nicht selten entzündet sich zwar der Heustock nicht selbst, aber infolge der starken Gärungshitze im Heustock wird das Heu gebräunt oder verrotzt. Dem kann durch zweckmäßige Anlegung des Heustocks, durch Einlagen von Strohbindeln, sowie durch Einstreuen von Viehfalz in stark verregnetes Futter begegnet werden. Allerdings ist der Landwirt auch dann vor der Gefahr allzu starker Erhitzung des Heues nicht gesichert. Ein sicheres Mittel, um die Temperatur des Heustocks zu ermitteln und ihn unter beständiger Kontrolle zu halten, ist die Anwendung des Heustockthermometers.

Erzielung guten Geschmacks der Trinkeier. Einen guten Geschmack der Trinkeier erzielt man, wenn man den Hühnern folgendes Futter verabreicht: Morgens ein Weichfutter mit Zusatz von Kleemehl oder Heublumen, abends am besten Hafer, Fleisch, Fische oder Mehl, die den Eigengeschmack beeinflussen können, sind auszuschließen. Den in den Höfen eingeschlossenen Hühnern ist im Sommer viel Grünfutter zu verabreichen. Gras gibt man am besten verhackt, weil sonst leicht Kopfkrankheiten entstehen.

Vom Stachel- und Johannisbeerstrauch. Hochstämmige Stachel- und Johannisbeersträucher, die im Januar oder Februar vor ihrer Verpflanzung ins freie Land aus den Töpfen veredelt worden sind, soll man von Rebentrieben befreien, was aber keinesfalls auf einmal geschehen darf, da hierdurch Safftötungen und Wasserfucht auftreten würden. Es ist vielmehr langsam vorzugehen und die Arbeit nach und nach auszuführen, so daß erst im August die letzten Rebentriebe entfernt werden.

Der Heuschnupfen. Der Heuschnupfen, der so oft im Sommer zur Zeit der Heuernte empfindliche Nasen überfällt, gehört zwar mehr zu den lediglich unangenehmen Quälgeistern des Menschen, kann aber unter Umständen gefährlich werden. Er wird durch den Blütenstaub gewisser Gräser hervorgerufen und steht an Hartnäckigkeit hinter dem gefährlichen Ektasierungsschnupfen nicht zurück. An Mitteln gegen den Heuschnupfen, der nicht selten mit dem sog. Heufieber oder Heuschnupfen verbunden ist, sind rasche Luftveränderung, Ampfungen mit Heufieberserum (Polatin) und Massage der hiezu unempfindlich zu machenden Nasenschleimhaut zu empfehlen. Am wirksamsten hat sich noch immer die Luftveränderung, also die Flucht vor der gefährlichen Zeit der Heuernte erwiesen.

Weitere Aufklärungen zur Urgeschichte Amerikas. Vater Devine, ein katholischer Priester und Urgeschichtsforscher, hat kürzlich in der Antiquarischen Gesellschaft zu Montreal einen Vortrag gehalten, in dem er behauptete, daß die ganze amerikanische Küste von Neuschottland bis hinunter zur Halbinsel Florida schon im Jahre 1000 unter dem Namen Groß-Irland bekannt gewesen sei. Am Vatikan habe man vor einiger Zeit Karten gefunden, die das beweisen. St. Brendan, Bischof von Cloufert in Irland, zog im neunten Jahrhundert aus, um die unbekanntem Länder im Westen zum Christentum zu bekehren. Aus Schriften, die man im vatikanischen Archiv gefunden hat, geht hervor, daß Brendan seine Reisen bis zur amerikanischen Küste zwischen Neu-England und Delaware ausdehnte. Der bekannte „Runde Turm“ bei Newyork, der ein Rätsel für die Wissenschaft bildet, und der stark an die alten Türme in Irland erinnert, ist, so sagt Devine, wahrscheinlich von Brendan oder seinem Nachfolger aufgeführt worden. Die Legende erzählt, daß ein irischer Bischof, der im 9. Jahrhundert nach Amerika kam, um das Christentum zu verbreiten, in der Nähe des Hafens von Boston begraben liegt.

Der Kölner Dom in Gefahr. Der Kölner Dom, der infolge von Verwitterungsercheinungen stark reparaturbedürftig ist, hat bisher infolge mangelnder Geldmittel im Laufe des letzten Jahres fast keine der dringend notwendigen Reparaturen erfahren können, so daß der Dombaumeister erklärt, die Verantwortung allein nicht mehr tragen zu können. Es steht zu hoffen, daß die zur Erhaltung unseres schönsten Nationaldenkmals notwendigen Mittel aufgetrieben werden können.

Bierlinge. Eine Bewohnerin von Nancy, Frau Lopez, hat Bierlinge zur Welt gebracht, zwei Knaben und zwei Mädchen. Sie hatte bereits vorher sieben Kinder.

Der Bischof gegen die Familienbäder. In einem Hirten-schreiben wendet sich der Bischof von Rottenburg gegen die Unsitte des gemeinsamen Badens beider Geschlechter. Es heißt darin u. a.: Es mehren sich zu unserem Seelenschmerz die Klagen, daß im Lande und sogar in vorwiegend katholischen Gemeinden die Unsitte des gemeinsamen Badens beider Geschlechter immer mehr einreißt, eine jener Unsitte, die am Mark der sittlichen Gesundheit des Volkes zehren und deren rasche Ausbreitung den sittlichen Verfall beschleunigt, wenn dem Verderben nicht mehr Einhalt geboten werden kann. Ueberall zeigen sich auch bei uns die furchtbaren Fol-



gen der Zuchtlosigkeit im Verkehr der Geschlechter untereinander, der schamlosen Mode, der Nackkultur in den Lust-, Sonnen- und Strandbädern. Die Achtung vor dem weiblichen Geschlecht hat schwer gelitten. Die Verbrechen gegen die Sittlichkeit, gegen das keimende Leben, die unglücklichen Ehen und Ehescheidungen nehmen unheimlich zu. Das sollte doch allen die Augen öffnen.

Letzte Nachrichten

Kein Streikrecht der Beamten

Berlin, 21. Juni. Zu der Pressemeldung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, daß der Reichsverkehrsminister von der Gewerkschaft die Streichung des Streikparagrafen aus ihrer Satzung nicht verlangte, hören wir von zuständiger Seite: Der Reichsverkehrsminister verlangte von der Reichsgewerkschaft eine dem Standpunkte der Reichsregierung entsprechende Abänderung des § 2 ihrer Satzung, d. i. zurzeit der Streikparagraf oder eine befriedigende verbindliche Erklärung, die sich mit dem Standpunkte der Reichsregierung im Einklang befindet. Der Standpunkt der Reichsregierung ist bekannt. Sie erkennt nach wie vor das Streikrecht der Beamten nicht an.

Die Wahlen in Anhalt

Desau, 21. Juni. Die Wahlen zum anhaltischen Landtag sind ruhig verlaufen. Bis 12 Uhr nachts lagen bis auf 2 industrielle Gemeinden, die möglicherweise noch eine kleine Verschiebung bringen können, die Ergebnisse vor. Darnach erhalten: Deutsche Volkspartei 6 Sitze, Bodenreform 1, Demokraten 1, Landbund 3, Deutschvölkische 2, Deutschnationale 4, Hausbesitzer (Stadt und Land) 1, Wirt-

schaffspartei 1, Kommunisten 4, Sozialisten 13. Die einzelnen bürgerlichen Gruppen waren mit den Hauptgruppen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen eine Listenverbindung eingegangen, wodurch die einzelnen Repräsentanten gegenseitig verrechnet wurden.

Poincaré's „gute Ratsschläge“

Paris, 22. Juni. Zum 8. Jahrestag der Schlacht von Verdun hat Poincaré heute dort eine Rede gehalten, in der er mit Absicht gerade am heutigen Tage seine Politik zu rechtfertigen suchte. Er sagte u. a.: Wenn Deutschland seit dem Kriege einigen guten Willen bei der Durchführung des Versailler Vertrages und ein wenig Eifer bei der Wiedergutmachung der Schäden, die es in Frankreich verursacht, bekundet hätte, so hätte man in Frankreich die gerechtfertigte Empfindlichkeit zum Schweigen gebracht. Man hätte danach getrachtet, ohne Groll und Haß die normalen Beziehungen zu dem Nachbarn im Osten wieder aufzunehmen und man hätte es nur allzu sehr begrüßt, die Erinnerungen aus dem Gedächtnis verwischen zu können, die die Streitigkeiten zwischen den Völkern zu verewigen drohen. Aber es sind heute fünf Jahre verstrichen, seitdem Deutschland in Versailles vor der Welt und 27 siegreichen Nationen gegenüber seine Verpflichtungen übernahm. Es hat sie nicht gehalten und muß jetzt bürgen dafür, daß es bereit ist, sie in Zukunft zu halten. Nicht mit freundlichen Reden wird man Deutschland dazu bewegen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn Frankreich im Jahre 1923 ins Ruhrgebiet eingerückt ist, so hat es vorher lange Geduld bewiesen, die niemand aus dem Gedächtnis verlieren wird. Wer könnte denn vergessen haben, daß im Mai 1921 der größte Teil der Summe, die Deutschland bis dahin bezahlen sollte, ihm erlassen worden ist? Wer könnte vergessen haben, daß im ganzen Jahre 1921

es in bar nur die 1 Milliarde bezahlt hat, wie es in Artikel 5 des Londoner Zahlungsplanes festgelegt worden ist und die man Deutschland durch ein ordentliches Ultimatum abgerungen hat? Poincaré behandelte in diesem Sinne die ganze Reparationsgeschichte bis zur Veröffentlichung des Sachverständigenberichts und fuhr dann fort: Die Sachverständigen haben festgestellt, daß Deutschland nicht hat bezahlen wollen, trotzdem es bezahlen konnte. Ob man das anerkennt oder ob man es leugnet, die Sachverständigen haben der von Frankreich befolgten Politik voll und ganz recht gegeben. Wenn morgen Deutschland wohl oder übel sich vor den Schlussfolgerungen des Sachverständigenberichts beugt, so verdanken wir dieses Ergebnis der Beibehaltung des Ruhrgebietes. Deshalb habe ich es stets für richtig gehalten, diese Zahlungsgarantie nicht gegen einfache Versprechen oder noch nicht erprobte Kombinationen aufzugeben. Weiter sagt Poincaré, seine Regierung habe erklärt, daß sie ihr Pfand, die Zölle, die Forsten, die Kohlensteuern und die Ausfuhrbewilligungsabgaben nur gegen von den Sachverständigen vorgegebene neue Pfänder aufgeben würde. Sie habe erklärt, daß sie die deutsche Wirtschaftseinheit wiederherstellen werde, sobald Deutschland den Sachverständigenbericht zur Durchführung gebracht habe. Aber weder die Sachverständigen, noch Frankreichs Alliierte hätten für den Augenblick mehr von ihm verlangt und seine Regierung habe festgestellt, daß sie aus dem Ruhrgebiet nur noch Maßgabe und im Verhältnis der deutschen Zahlungen sich zurückziehen würde. Die Rücknahme dieser durchzuführen, heiße in seinen Augen eine schwere Unvorsichtigkeit begehen, denn Deutschland würde darin nur einen Akt der Schwäche erblicken und wieder in seine Widerpenflichkeit gegen das Gesetz von Versailles zurückfallen. Der Friedensvertrag aber müsse erfüllt und der Frieden endlich wieder hergestellt werden.

Grund-, Gebäude- u. Gewerbesteuer-Vorauszahlungen für den Monat Juli 1924.

Die Vorauszahlungen an Grund- u. Gebäudesteuer für den Monat Juni sind in gleicher Höhe zu leisten wie für den Monat Mai, nämlich mit 20% des Friedenskatasters für Staat und Gemeinde, somit monatlich 1 2/3%. Die Gewerbesteuer-Vorauszahlung beträgt allmonatlich die Hälfte der Einkommen- oder Körperschaftsteuer-Vorauszahlung oder 1% der Betriebseinnahmen abzüglich der im betreffenden Monat bezahlten, dem Lohnsteuerabzug unterliegenden Löhne und Gehälter des Betriebs mindestens jedoch 1/1000 Teil des Gewerbelatasters von 1922.

An Gebäude-Einkommensteuer sind für den Monat Juni wie im Mai 1,2% des Gebäudetasters zu entrichten.

Der von den Gewerbetreibenden zu leistende einmalige Beitrag zur Wohnungskreditanstalt mit 2 Gulden von je 1000 Mt. des Gewerbelatasters von 1922 ist im hälftigen Betrag zur Zahlung fällig und es ist die andere Hälfte spätestens bis 10. Juli ds. Js. zu entrichten.

Soweit noch Steuerbeträge früherer Monate im Rückstand sind, sollte es den Steuerpflichtigen nunmehr möglich sein, alle Rückstände restlos zu begleichen. Bei unbegründeter Verzögerung der restlichen Zahlungen und der jeweils bis 10. jeden Monats fälligen Leistungen bleibt der Anlag von Verzugszuschlägen mit 5% für jeden angefangenen halben Monat des Verzugs vorbehalten. Die Stadtgemeinde hat die staatlichen Steuerbetriebe jeden Monat zur Ablieferung zu bringen und es muß bei dem großen Finanzbedarf von Staat und Gemeinde auf pünktliche Entrichtung aller Schuldschulden hingewirkt werden, nötigenfalls durch Einleitung des zwangsweisen Beitreibungsverfahrens.

Die Entgegennahme der fälligen Steuern erfolgt im Sitzungssaal des Rathauses und zwar für die Buchstaben:

- A-K am Donnerstag, den 26. ds. Ms. von 8-12 Uhr und nachm. 3-6 Uhr,
- L-Z am Freitag, den 27. ds. Ms. von 8-12 Uhr und nachm. 3-6 Uhr.

Der Steuerzettel ist zur Zahlung mitzubringen. Zugleich werden bei der Zahlung an diesen beiden Tagen an alle Steuerpflichtige neue Steuerzettel ausgegeben, in welchen die vom 1. April ds. Js. an zu entrichtende Monatsschuldigkeit eingetragen ist.

Steuerpflichtige, welche an den genannten Tagen zur Zahlung nicht erscheinen und auch ihren neuen Steuerzettel nicht abholen, müssen gegen Entrichtung von Gebühren gemahnt und der Zettel unter Anlag von Ganggebühr zugestellt werden.

Stadtschultheißenamt.

Bekanntmachung.

Soweit Brennholz vorübergehend im Wald gelagert wird, soll es nicht an stehendes Holz gesetzt werden. Wildbad, den 23. Juni 1924. Stadt Forstamt.

Gaswerk.

Prima Gascofs der 3te zu 1.50 Mt. in jeder Menge zu haben. Jetzt beste Zeit zum Eindecken für den Winter. Abgabescheine von der Stadtpflege jeden Montag und Donnerstag vormittags.

Einladung.

Zur Gründung des kathol. Casino Wildbad werden alle Katholiken, Kurgäste und Einwohner, Damen und Herren, für Samstag, den 28. ds. Ms. 8.15 Uhr ins Hotel zur „Sonne“ (oberer Saal) eingeladen. J. A.: Hofrat Dr. D. Ammann.

Frische Magermilch

wird billig abgegeben

Wolf.

Wildbad.

Die nächste Mütterberatungsstunde

findet am Mittwoch, den 25. Juni von 2-3 Uhr und zwar von jetzt an in der alten Volksschule statt. Schw. Ottilie Uber, Bezirksfürsorgerin.

Pädagoge gesucht

zur Nachhilfe für einen Sekundaner in englisch und französisch. Off. unter Nr. 2. 291 an A. E. Landsberger, Breslau 5.

Gasth. zum „Anter“ Seite



Mekelsuppe

wozu freundlichst einladet

B. Jaug.

Sil
Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Zu kaufen gesucht

ein Geschäft, Branche gleich, oder kleines Haus, mit Existenz, auch Garten dabei.

Event. tausche

mit meinem Geschäft, schöner großer Laden in Charlottenburg auf guter Straße, feinsten Westen, gutgehend mit kleiner 2 Zimmerwohnung.

Gef. Zuschriften an Raab, 3. St. Schönberg, D. A. Neuenbürg. Kaffee Rentkcher.

„Gritzner“- Nähmaschinen

bestes deutsches Fabrikat zum Sticken und Stopfen

Karl Tubach jr. Untelstrasse.

Verkauf auch gegen Ratenzahlung

Berloraen silberne Handtasche,

mit wertvollem Inhalt, heute vormittag zwischen 1/11 und 1/12 Uhr auf dem Wege König-Rathstraße—Wilhelmstraße.

Abzugeben gegen hohe Belohnung im Badhotel.

Forstamt Wildbad. Reijig-Verkauf.

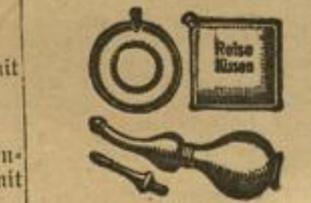
Am Donnerstag, den 26. Juni 1924 nachm. 6 Uhr in der „Grünhütte“ aus Staatswald Abt. Grünhütte, Dürmaderwald, hint. Eulenschloch und hinteres Altkloch zusammen 2900 gefällte Nadel- und Laubholzwellen

Nug- und Brennholz-Verkauf.

Am Mittwoch nachmittag 5 Uhr werden bei den Neubauten in der Rennbachstr. 1 Los Baumreisig 1 Los (ca 2 m) Brennholz und 2 Birnbäumstämme mit 0,19 und 0,37 Festmeter (2 m und 2,30 m öffentlich gegen Barzahlung an Ort und Stelle verkauft. Wildbad, den 24. Juni 1924 Stadtpflege.

1 Flasche Apotheke Möllers Tropfen mit Tablettchen

bei Störungen u. Unpünktlichkeiten wirksam u. altbewährt Mt. 5.— Postversand per Nachnahme.



Spülapparate jeder Art, Luft- und Wasserkrößen, Gartenschläuche, Gummi-Wärmeflaschen durch

Sanitätshaus Medico Nürnberg 158 Karolinenstraße 47. Preisangebote auf Wunsch.

Grahambrot, sowie Vollkornbrot, gut ausgebacken, vorzüglich im Geschmack, empfiehlt Hermann Pfau, Olgastraße.

Taschen-Uhr gefunden!

Abzuholen bei Kappler, sen., Rennbachstr.

Junger, langhaariger Dackel

zugelaufen. Abzuholen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld. G. Schrafft, Siegelhütte.

Ein anständiges Mädchen,

welches Kenntnis im Nähen und Stopfen besitzt, für Weißzeug sofort gesucht. Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Schöne Kirschen

Pfund zu 20 u. 25 Pfg. zu haben. A. Haus.

Verkauf bei der Villa Sophie.

Schöne Musterkollektion

von Kostüm- u. Mantelstoffen, apparte Rock- und Blusenstreifen ist eingetroffen. Sehr preiswert. G. Koch, Damenschneider.

„Nissin“ gegen Kopfläuse

Nichts anderes nehmen! Zu haben i. d. Apotheken.

Vials-Wein,

das beste Kräftigungsmittel, Appetitanregend. Medizinaldrogerie A. u. W. Schmit

Täglich frisch eintreffend:

Kirschen u. Erdbeeren, zu den billigsten Preisen, sowie alle Arten

Süßfrüchte u. Gemüse. Als besondere Spezialität empfehle ich:

Tonno all' Olio Puro di Oliva, echter Parmesankäse. Romano Chierogato.